

KURZ & SCHNELL

» ENDLAGERSUCHE: ZWISCHENBERICHT TEILGEBIETE



NR. 60

16.09.2020

STANDORTSUCHE FÜR EIN ENDLAGER KONSTRUKTIV MITGESTALTEN

DARUM GEHT'S

Am 28. September 2020 wird die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den „Zwischenbericht Teilgebiete“ vorlegen. Erstmals werden damit Regionen in Deutschland von der 2017 neu gestarteten Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll ausgeschlossen. Gleichzeitig werden Regionen (sogenannte „Teilgebiete“) benannt, die potentiell für ein Endlager in Frage kämen und in den folgenden Schritten näher untersucht werden. Ausgangspunkt für die Suche stellt eine „weiße Landkarte“ dar. Das bedeutet, dass alle Bundesländer und Regionen in die Suche einbezogen werden. Basis für den Zwischenbericht sind die geologischen Daten der Länder, die nach im Standortauswahlgesetz (StandAG) festgelegten Kriterien ausgewertet werden. Dazu gibt es Mindestanforderungen, aber auch Ausschlusskriterien wie Erdbebengefahr, Vulkanismus oder Schädigungen des Untergrundes durch Bergbau. Die Suche konzentriert sich auf die drei Wirtsgesteine Salz, Ton und Kristallin (Granit). Für alle drei Gesteine gilt die Anforderung, dass der sichere Einschluss des Atommülls für eine Million Jahre gewährleistet sein muss. Bei Salz und Ton übernimmt diese Funktion vor allem das umgebende Gestein. Da Kristallin andere Eigenschaften besitzt, müssen hier technische und geotechnische Barrieren zusätzlichen Schutz leisten. Im Anschluss an die Veröffentlichung des Zwischenberichts startet das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) den ersten Schritt der Bürgerbeteiligung, die „Fachkonferenz Teilgebiete“. Die Auftaktveranstaltung wird am 17./18. Oktober als digitale Veranstaltung in Kassel stattfinden, mit einigen wenigen Akteuren vor Ort. Bis Juni 2021 sind drei weitere Veranstaltungen geplant. Hier können die Kommunen, gesellschaftlichen Organisationen, Bürger*innen sowie Wissenschaftler*innen in einem strukturierten Verfahren den Zwischenbericht mit der BGE diskutieren. Die BGE berücksichtigt die Einwände im weiteren Verfahren.

Mit der Veröffentlichung des Zwischenberichts wird die Endlagersuche schlagartig wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Besonders in den ausgewählten Teilgebieten und den Grünen Kreisverbänden vor Ort werden die Auswahl der Teilgebiete und das Verfahren viele Fragen aufwerfen.

DAS SAGEN WIR DAZU

IN EINEM SATZ: Die Suche nach einem Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, vor der sich niemand drücken kann und bei der wir konstruktiv mitwirken.

Konstruktiv mitarbeiten: Wir haben Atomkraft immer als unverantwortbar abgelehnt. Das entbindet uns aber nicht von der Verantwortung, uns den Tatsachen zu stellen: In Deutschland wurde hochradioaktiver Müll produziert, der jetzt gelagert werden muss. Dafür müssen auch wir Verantwortung übernehmen: Für uns heißt das, sich an der aktiven und konstruktiven Suche nach Lösungen bei der Abwicklung der Atomkraft zu beteiligen. Wir als Grüne Bundestagsfraktion stehen zum Standortauswahlverfahren und müssen dafür sorgen, dass dieses als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird. Wir brauchen ein Endlager, das über eine Million Jahre die bestmögliche Sicherheit verspricht. Das sind wir den nachkommenden Generationen und der Umwelt schuldig.

Transparenz und Beteiligung wahren: Die Endlagersuche hat nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn die Menschen von Anfang an dabei sind. Die Bürger*innen, die in der Nähe des endgültigen Standortes leben, schultern eine gewaltige Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Das kann man ihnen nur abverlangen, wenn sie das Suchverfahren von Anfang an begleiten, nachvollziehen und überprüfen können. Dieses Beteiligungsverfahren ist Neuland und wir müssen Sorge tragen, dass es bestmöglich abläuft. Kritik muss Gehör finden und einbezogen werden – dies gilt sowohl für die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung als auch für unabhängige Stimmen aus der Wissenschaft und der Umweltbewegung.

DAS MUSS MAN WISSEN (HINTERGRUND)

Die neue Standortsuche fußt auf dem Abschlussbericht der Endlagerkommission. Bestehend aus Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Länder hat die Kommission in zwei Jahren mit teilweise harten Auseinandersetzungen ein Verfahren entwickelt und ihre Empfehlungen im breiten Konsens dem Bundestag vorgelegt. Dieser zeigt einen neuen Weg zu einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll in der Bundesrepublik auf. Mit dem novellierten Standortauswahlgesetz (StandAG), das wir im März 2017 mit in den Bundestag eingebracht und verabschiedet haben, konnte diese Suche beginnen.

Wir als Grüne haben diesen Prozess maßgeblich geprägt und das partizipative, wissenschaftsbasierte, transparente, selbsthinterfragende und lernende Verfahren mitgestaltet. Die neue Standortsuche soll die Fehler des Gorleben-Desasters nicht wiederholen. Vielmehr soll in einem vergleichenden Verfahren ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit gefunden werden. Dort soll der dauerhafte Schutz von Mensch und Umwelt vor ionisierender Strahlung und sonstigen schädlichen Wirkungen der 1.900 Behälter mit 27.000 Kubikmetern hochradioaktiven Abfälle für einen Zeitraum von einer Million Jahren gewährleistet werden. Der Zeitplan sieht vor, bis 2031 einen Standort gefunden zu haben und ab 2050 mit der Einlagerung zu beginnen. Unabhängig davon muss das Verfahren im Sinne der Gründlichkeit die Zeit erhalten, die es benötigt.

Phasen der Standortsuche (festgelegt im Standortauswahlgesetz):

PHASE 1 (aktuelle Phase, in der sich das Verfahren befindet)

- Schritt 1: Ermittlung von Teilgebieten, Veröffentlichung Zwischenbericht Bürgerbeteiligung: Fachkonferenz Teilgebiete
- Schritt 2: Ermittlung von Standortregionen für übertägige Erkundung; Bürgerbeteiligung: Regionalkonferenzen in allen Regionen für übertägige Erkundung bis zum Ausschluss, Fachkonferenz Rat der Regionen
- Bundesgesetz zu übertägiger Erkundung

PHASE 2

- Übertägige Erkundung und Vorschlag für untertägige Erkundung
- Bundesgesetz zu untertägiger Erkundung

PHASE 3

- Untertägige Erkundung
- Abschließender Standortvergleich und Standortvorschlag
- Bundesgesetz zur Standortentscheidung (geplant für das Jahr 2031)

Das neu gegründete Nationale Begleitgremium begleitet unabhängig das Verfahren insbesondere in Hinblick auf Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung.

LINKS ZUM WEITERLESEN

Die Informationsplattform des BASE zur Endlagersuche: <https://www.endlagersuche-infoplattform.de/>

Anmeldung zur Auftaktveranstaltung der Fachkonferenz Teilgebiete (Anmeldeschluss für die Online-Teilnahme ist der 16.10.2020): <https://meetingmasters.events/moreEvent-base/public/event/704/home?iframe=false&eventUrl=Fachkonferenz>

Broschüre „Gemeinsam neu starten. Endlagersuche – so geht's“: https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/publikationen/broschueren_und_flyer/b18-109endlager_web.pdf

Interview mit Wolfram König, BASE: <https://www.base.bund.de/SharedDocs/Downloads/BASE/DE/bfe/presse/tagesspiegel-interview-200712.pdf>